

UVG-Revision

Auswirkungen auf die 2. Säule

Per 1. Januar 2017 tritt die Revision des Unfallversicherungsgesetzes (UVG) in Kraft. Für die berufliche Vorsorge ist die vorgesehene Kürzung der Invalidenrenten nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters von besonderer Bedeutung. Damit verbunden ist eine Revision der Überentschädigungsregelung der obligatorischen beruflichen Vorsorge (Art. 34a BVG, Art. 24 BVV 2).

IN KÜRZE

Die UVG-Revision soll Überentschädigungen verhindern. Im überobligatorischen Bereich sind die Vorsorgeeinrichtungen frei, eigene Vorschriften für die Überentschädigung zu erlassen.

Ein wesentliches Ziel der UVG-Revision ist die Verhinderung einer Überentschädigung, wie sie sich bei Personen im Rentenalter aufgrund der lebenslänglich ausgerichteten Invalidenrenten einstellen kann. Aus diesen Gründen sieht die Revision vor, dass die Invalidenrenten nach Erreichen des ordentlichen Rücktrittsalters gekürzt werden können.

Weitere wesentliche Neuerungen der UVG-Revision, nebst organisatorischen Änderungen der Suva, sind die Folgenden:

- Invalidenrente, Berechnung Komplementärrente: Unfälle, die sich im Pensionsalter ereignen, geben kein Anrecht mehr auf Rente. Die Renten von ausländischen Sozialversicherungen werden in der Berechnung der UVG-Komplementärrente für die Invaliden- und Hinterlassenenrente berücksichtigt.
- Neudefinition des Versicherungsbeginns und -endes: Die Versicherungsdeckung beginnt am ersten Tag des Arbeitsverhältnisses (geltendes Recht: Beginn mit faktischem Arbeitsantritt). Die Versicherungsdeckung endet am 31. Tag nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses und nicht mehr wie bisher am 30. Tag. Auch Beginn und Ende der Abredeversicherung werden vereinfacht: Diese wird für 6 Monate abgeschlossen und nicht mehr wie bisher für 180 Tage.
- Die Leistungspflicht für unfallähnliche Körperschädigungen wird neu im Gesetz verankert. Es besteht eine Vermutung für die Leistungspflicht des Unfallversicherers, ausgenommen sind

Schädigungen, die nicht vorwiegend auf Abnutzung oder Erkrankung zurückzuführen sind.

- Die Unfallversicherung der arbeitslosen Personen (aktuell in Art. 22a Abs. 4 AVIG und einer Verordnung geregelt) wird im UVG verankert.

Kürzungsregeln zur Vermeidung von Überentschädigungen

Die Revision behält die lebenslängliche Ausrichtung der Invalidenrenten der obligatorischen Unfallversicherung bei. Grund dafür ist, dass eine verunfallte Person regelmässig einen geringeren Lohn erwirtschaftet. Dies hat geringere Beiträge an die Altersvorsorge und somit einen Rentenschaden zur Folge, der mit der lebenslangen UVG-Invalidenrente ausgeglichen werden soll. Diese kann indes zu Überentschädigungen führen, wenn eine Person erst kurz vor dem Rentenalter invalid wird und die Altersvorsorge im Wesentlichen aufgebaut hat.

Um solche Überentschädigungen zu vermeiden, wird neu für Unfälle nach Vollendung des 45. Altersjahrs die Invalidenrente gekürzt. Für jedes ganze Jahr, das der Versicherte zum Unfallzeitpunkt älter war, soll die UVG-Rente inklusive Teuerungszulagen im Pensionierungsalter um 2 Prozentpunkte, maximal jedoch um 40 Prozent gekürzt werden. Die Kürzung beträgt lediglich 1 Prozentpunkt und maximal 20 Prozent, wenn der mit der Rente entschädigte Invaliditätsgrad weniger als 40 Prozent beträgt. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Verunfallte mit einem solchen Invaliditätsgrad keine Rente der



Elisabeth Glättli
Dr. iur., Rechtsanwältin,
Fachanwältin SAV
Arbeitsrecht,
glättli partner

Invalidenversicherung und der obligatorischen beruflichen Vorsorge erhalten und ihre Restarbeitsfähigkeit in der Regel nicht voll verwerten können. Diese Kürzungsregeln gelten auch dann, wenn sich der Unfall zwar vor Vollendung des 45. Altersjahrs ereignet hat, Rückfälle und Spätfolgen aber erst nach Vollendung des 60. Altersjahrs zu einer invalidisierenden Arbeitsunfähigkeit führen (Art. 20 rev. UVG). Ein neuer Verordnungsartikel bestimmt den Umfang von Kürzungen bei Mehrfachverunfallten (Art. 33 rev. UVV).

Konsequenterweise schliesst die UVG-Revision eine UV-Invalidenrente für Unfälle, die sich nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters ereignen, aus, da zu diesem Zeitpunkt kein Rentenschaden mehr entstehen kann (Art. 18 rev. UVG).

Auswirkungen auf die obligatorische berufliche Vorsorge

Nach geltender Gesetzeslage können IV-Renten der obligatorischen beruflichen Vorsorge gekürzt werden, wenn diese zusammen mit Renten der AHV oder IV sowie der Unfallversicherung 90 Prozent des mutmasslich entgangenen Verdiensts übersteigen (Art. 24 BVV 2). Diese Regelung führte ohne Anpassung dazu, dass der BVG-Versicherer im Fall einer Rentenkürzung des Unfallversicherers die Lücke ausgleichen würde. Das würde dem Ziel, eine Überentschädigung zu verhindern, entgegenstehen. Die UVG-Revision zieht daher eine Anpassung der heutigen Überentschädigungsregelung von Art. 24 BVV 2 nach sich. Da die geltende Fassung von Art. 34a BVG den heutigen gesetzestechnischen Anforderungen nicht mehr genügt, wurde auch dieser Artikel revidiert.

Neuer Art. 34a Abs. 1, 4 und 5 BVG

Der neue Art. 34a Abs. 4 bestimmt – übereinstimmend mit den Zielen der UVG-Revision – dass die Kürzung anderer Leistungen aufgrund des Erreichens des ordentlichen Rentenalters oder aufgrund von Verschulden nicht ausgeglichen werden muss. Letzteres gilt bereits heute (Art. 25 Abs. 2 BVV 2).

Im Übrigen wird im neuen Art. 34a Abs. 1 BVG der heute in Art. 24 Abs. 1 BVV 2 enthaltene Grundsatz der Kürzungsmöglichkeit übernommen.

Art. 34a Abs. 5 enthält sodann die Rechtsgrundlage für die Regelungsbefugnis des Verordnungsgebers betreffend die anrechenbaren Leistungen und Einkünfte sowie den mutmasslich entgangenen Gewinn, die Berechnung der Kürzung und die Koordination mit Krankentaggeldern (vergleiche heutiger Art. 26 BVV 2).

Neue Art. 24 und 24a BVV 2

Art. 24 betrifft neu lediglich die Kürzung von Invalidenleistungen vor dem Erreichen des ordentlichen Rentenalters. Die Regelung enthält im Wesentlichen in neuer Gliederung die bisherige Regelung.¹ Neu ist, dass auch Taggelder von obligatorischen und freiwilligen Versicherungen angerechnet werden können, die freiwilligen Versicherungen allerdings nur, wenn sich der Arbeitgeber mindestens zur Hälfte an der Finanzierung beteiligt hat. Nicht anrechenbar sind wie bisher Hilflosen- und Integritätsentschädigungen, Abfindungen, Assistenzbeiträge und ähnliche Leistungen sowie Zusatzeinkommen, das während der Teilnahme an Massnahmen zur Wiedereingliederung nach Art. 8a IVG erzielt wird. Neu wird in Berücksichtigung der Rechtsprechung zudem festgehalten, dass der mutmasslich entgangene Verdienst dem gesamten Erwerbs- und Ersatzeinkommen entspricht, das die versicherte Person ohne das schädigende Ereignis mutmasslich erzielen würde.

Kürzungen von Invalidenleistungen nach dem Erreichen des ordentlichen Rentenalters werden im neuen Art. 24a BVV 2 geregelt. Dieser hält fest, dass Kürzungen der BVG-Invalidenleistungen lediglich im Fall des Zusammentreffens mit Leistungen der UV oder MV und vergleichbaren ausländischen Leistungen erfolgen dürfen. Bezieht eine Person ausschliesslich eine Rente der 1. Säule und eine Invalidenrente nach BVG, besteht kein Kürzungsbedarf, da diesfalls die Leistungen nicht höher sind als bei einer Person, die ohne Invalidität bis zum Rentenalter gearbeitet hätte.

Das Gleiche gilt für allfälliges Erwerbseinkommen nach dem Rentenalter: Auch ein Altersrentner könnte dieses Einkommen neben seiner Rente noch erwerben (Abs. 1).

Art. 24a rev. BVV 2 bestimmt in Übereinstimmung mit den Zielen der UVG-Revision, dass Leistungskürzungen der UV- und MV-Rente bei Erreichen des Rentenalters nicht ausgeglichen werden müssen, und somit in diesen Fällen die gleiche BVG-Rente auszurichten ist (Abs. 2). In Art. 24a rev. BVV 2 sind Sonderbestimmungen vorgesehen, um Schlechterstellungen zweier kleiner Gruppen von Versicherten zu vermeiden.

Auswirkungen auf die überobligatorische berufliche Vorsorge

Im überobligatorischen Bereich sind die Vorsorgeeinrichtungen frei, eigene Vorschriften für die Überentschädigung zu erlassen. Die Vorsorgeeinrichtungen müssen entscheiden, ob die durch die Kürzung der UV-Rente verminderte Leistung im Rentenalter auch im Überobligatorium gelten soll. Ist dies der Fall, ist eine reglementarische Bestimmung aufzunehmen, die gewährleistet, dass die lebenslang ausgerichtete Invalidenrente auch im Rentenalter unverändert beibehalten wird. Richtet eine Vorsorgeeinrichtung eine temporäre Invalidenrente aus, muss sie prüfen, ob sie – je nach gewünschtem Leistungsziel, Dauer und Höhe ihrer Leistungen – im Rahmen ihrer Überentschädigungsregelung auch nach Eintritt des ordentlichen Rentenalters weiterhin die ungekürzte UV-Invalidenrente anrechnen will, was einen Ausgleich der Kürzung ausschliesst.

Weiterhin bestimmt die Überentschädigungsbestimmung der obligatorischen beruflichen Vorsorge die Mindesthöhe der Leistungen, auf welche die Versicherten Anspruch haben. Die reglementarischen Leistungen müssen mindestens dieselbe Höhe erreichen. |

¹ Anrechnung von kongruenten Hinterlassenen- und Invalidenleistungen anderer in- und ausländischer Sozialversicherungen und Vorsorgeeinrichtungen sowie des weiterhin erzielten oder zumutbarerweise noch erzielbaren Erwerbs- oder Ersatzeinkommens.

Révision LAA

Conséquences sur le 2^e pilier

La révision de la loi sur l'assurance-accidents (LAA) entrera en vigueur le 1^{er} janvier 2017. La réduction prévue des rentes d'invalidité après l'atteinte de l'âge ordinaire de la retraite est particulièrement importante pour la prévoyance professionnelle. Elle s'accompagne d'une révision des règles de surindemnisation de la prévoyance professionnelle obligatoire (art. 34a LPP, art. 24 OPP 2).

EN BREF

La révision de la LAA vise à éviter la surindemnisation. Dans le domaine surobligatoire, les institutions de prévoyance sont libres d'édicter leurs propres prescriptions pour la surindemnisation.

Un objectif essentiel de la révision LAA vise à empêcher une surindemnisation telle qu'elle peut survenir chez les personnes à l'âge de la retraite en raison des rentes d'invalidité versées à vie. Pour ces raisons, la révision prévoit que les rentes d'invalidité puissent être réduites une fois l'âge de la retraite réglementaire atteint.

En dehors des changements organisationnels de la Suva, les autres nouveautés importantes de la révision LAA sont les suivantes:

- Rente d'invalidité, calcul de la rente complémentaire: les accidents qui surviennent à l'âge de la retraite ne donnent aucun droit à davantage de rente. Les rentes d'assurances sociales étrangères sont prises en compte dans le calcul de la rente complémentaire LAA pour la rente d'invalidité et de survivants.
- Redéfinition du début et de la fin de l'assurance: la couverture d'assurance débute le premier jour de la relation de travail (droit en vigueur: démarrage avec le début factuel du travail). La couverture d'assurance prend fin le 31^e jour suivant la cessation de la relation de travail et non plus le 30^e jour comme précédemment. Le début et la fin de l'assurance par convention sont également simplifiés: celle-ci est conclue pour six mois et non plus pour 180 jours comme précédemment.
- L'obligation de verser des prestations pour les lésions corporelles semblables aux conséquences d'un accident est désormais ancrée dans la loi. Il existe une hypothèse en faveur de l'oblige-

tion de verser des prestations de l'assureur-accidents. En sont exceptées les atteintes qui ne sont pas essentiellement dues à l'usure ou à la maladie.

- L'assurance-accidents des personnes au chômage (actuellement réglée à l'art. 22a al. 4 LACI et dans une ordonnance) est ancrée dans la LAA.

Règles de réduction destinées à éviter toute surindemnisation

La révision conserve le versement à vie des rentes d'invalidité de l'assurance-accidents obligatoire. Une personne accidentée perçoit en effet régulièrement un moindre salaire. Il en résulte de plus faibles cotisations à la prévoyance vieillesse et donc un dommage de rente qui doit être compensé par une rente d'invalidité LAA à vie. Des surindemnisations peuvent cependant en découler quand une personne ne devient invalide que peu de temps avant l'âge de la retraite et qu'elle a déjà constitué l'essentiel de sa prévoyance vieillesse.

La rente d'invalidité est désormais réduite concernant les accidents qui surviennent après l'âge de 45 ans révolus pour éviter de telles surindemnisations. Pour chaque année complète de plus de l'assuré à la date de l'accident, la rente LAA, y compris les allocations de renchérissement à l'âge de la retraite, doit être réduite de deux points de pourcentage mais au maximum de 40%. La réduction est seulement de un point de pourcentage et d'au maximum 20%, si le taux d'invalidité indemnisé avec la rente est inférieur à 40%. On tient ainsi compte du fait que les accidentés ayant un tel

taux d'invalidité ne perçoivent pas de rente de l'assurance-invalidité et de la prévoyance professionnelle obligatoire et ne peuvent généralement pas tirer pleinement parti de leur capacité de travail résiduelle. Ces règles de réduction s'appliquent également lorsque l'accident est certes survenu avant l'âge de 45 ans révolus mais que les rechutes et les séquelles tardives n'entraînent une incapacité de travail invalidante qu'après l'âge de 60 ans (art. 20 LAA rév.). Un nouvel article de l'ordonnance détermine l'étendue des réductions pour les victimes d'accidents multiples (art. 33 LAA rév.).

En toute logique, la révision de la LAA exclut une rente d'invalidité AA pour les accidents survenant après l'atteinte de l'âge réglementaire de la retraite, car il ne peut plus y avoir de dommage de rente à cette date (art. 18 LAA rév.).

Conséquences sur la prévoyance professionnelle obligatoire

D'après la législation en vigueur, les rentes AI de la prévoyance professionnelle obligatoire peuvent être réduites quand elles dépassent, en combinaison avec les rentes de l'AVS ou de l'AI, 90% du gain dont on peut supposer que l'assuré est privé (art. 24 OPP 2). En l'absence d'adaptation, cette réglementation faisait que l'assureur LPP comblait la lacune en cas de réduction de la rente de l'assureur-accidents, ce qui s'opposait à l'objectif d'empêcher une surindemnisation. La révision LAA entraîne par conséquent une adaptation de la réglementation actuelle en matière de surindemnisation de l'art. 24 OPP 2. La version actuelle de l'art. 34a LPP ne satisfaisant plus aux exigences législatives actuelles, cet article a également été remanié.

Nouvel art. 34a al. 1, 4 et 5 LPP

En conformité avec les objectifs de la révision LAA, le nouvel art. 34a al. 4 dispose que la réduction d'autres prestations ne doit pas être compensée parce que l'âge de la retraite réglementaire a été atteint ou en raison d'un comportement fautif. Ce dernier point s'applique dès aujourd'hui (art. 25 al. 2 OPP 2).

Le nouvel art. 34a al. 1 LPP reprend par ailleurs le principe de la possibilité de réduction qui est aujourd'hui inclus à l'art. 24 al. 1 OPP 2. L'art. 34a al. 5

contient ensuite la base juridique du pouvoir de réglementation du législateur concernant les prestations et revenus imputables ainsi que le gain dont on peut supposer que l'assuré est privé, le calcul de la réduction et la coordination avec les indemnités journalières de maladie (cf. l'actuel art. 26 OPP 2).

Nouveaux art. 24 et 24a OPP 2

L'art. 24 ne concerne désormais plus que la réduction des prestations d'invalidité avant l'atteinte de l'âge réglementaire de la retraite. La réglementation inclut pour l'essentiel la réglementation actuelle restructurée.¹ La nouveauté est que les indemnités journalières des assurances obligatoires et facultatives peuvent également être prises en compte mais celles des assurances facultatives uniquement si l'employeur a participé au moins pour moitié au financement. Les allocations pour impotent et indemnités pour atteinte à l'intégrité, les indemnités, les contributions d'assistance et les prestations similaires ainsi que les revenus supplémentaires perçus pendant la participation à des mesures de réadaptation selon l'art. 8a LAI ne peuvent pas être pris en compte comme précédemment. Eu égard à la jurisprudence, on retient en outre désormais que le gain dont on peut supposer que l'assuré est privé correspond à la totalité du revenu de l'activité lucrative et de substitution que la personne assurée percevrait vraisemblablement en l'absence de l'événement dommageable.

Les réductions des prestations d'invalidité après l'atteinte de l'âge réglementaire de la retraite sont réglées dans le nouvel art. 24a OPP 2. Cet article retient que les réductions des prestations d'invalidité LPP ne doivent intervenir qu'en cas de concomitance avec des prestations LAA ou AM et d'autres prestations étrangères comparables. Lorsqu'une personne ne perçoit qu'une rente du 1^{er} pilier et une rente d'invalidité selon la LPP, il n'y a aucun besoin de réduction.

¹ Prise en compte des prestations de survivants et d'invalidité concordantes d'autres assurances sociales et institutions de prévoyance suisses et étrangères ainsi que du revenu de l'activité lucrative et de substitution toujours perçu ou qui pourrait encore être perçu dans des conditions acceptables.

tion, car dans ce cas, les prestations ne sont pas plus élevées que pour une personne qui aurait travaillé jusqu'à l'âge de la retraite si elle n'avait pas été invalide. Il en va de même pour le revenu éventuel d'une activité lucrative après l'âge de la retraite: le bénéficiaire d'une rente de vieillesse pourrait également percevoir ce revenu en plus de sa rente (al. 1).

En conformité avec les objectifs de la révision LAA, l'art. 24a OPP 2 rév. dispose que les réductions de prestations de la rente AA et AM une fois l'âge de la retraite atteint ne doivent pas être compensées et que la même rente LPP doit être versée dans de tels cas (al. 2). L'art. 24 a OPP 2 rév. prévoit des dispositions spéciales pour éviter que deux petits groupes d'assurés soient désavantagés.

Conséquences sur la prévoyance professionnelle surobligatoire

Dans le domaine surobligatoire, les institutions de prévoyance sont libres d'édicter leurs propres prescriptions pour la surindemnisation. Les institutions de prévoyance doivent décider si la prestation réduite par la réduction de la rente AA à la retraite doit également s'appliquer dans le régime obligatoire. Si c'est le cas, une disposition réglementaire garantissant que la rente d'invalidité versée à vie est conservée de manière inchangée même à l'âge de la retraite doit être intégrée. Lorsqu'une institution de prévoyance verse une rente d'invalidité temporaire, elle doit vérifier si elle veut continuer (selon ses souhaits concernant l'objectif de prestations, la durée et le montant de ses prestations) à prendre en compte la rente d'invalidité AA non réduite même après l'atteinte de l'âge de la retraite réglementaire dans le cadre de sa réglementation en matière de surindemnisation, ce qui exclut une compensation de la réduction.

La disposition en matière de surindemnisation de la prévoyance professionnelle obligatoire détermine par ailleurs le montant minimal des prestations auquel les assurés ont droit. Les prestations réglementaires doivent au moins atteindre le même montant. **I**

Elisabeth Glättli